

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10510 –**

Energiekosten sozial ausrichten – Sozialtarife einführen, wirksame Strompreisaufsicht schaffen, Energiesparen ermöglichen

A. Problem

Bezahlbare Energieversorgung durch sozialgerechte und klimaschutzorientierte Umgestaltung des Strombereichs

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/10510 abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Rolf Hempelmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/10510** in seiner 183. Sitzung am 16. Oktober 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion DIE LINKE. befürchtet, dass angesichts der steigenden Energiepreise sich immer weniger Menschen ihren bisherigen Energieverbrauch leisten können.

Deshalb fordert die Fraktion eine bezahlbare Energieversorgung für die privaten Haushalte und eine sozialgerechte und klimaschutzorientierte Umgestaltung des Strombereichs.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, das Energiewirtschaftsgesetz sozial und ökologisch umzuorientieren und sozialverträgliche Stromtarife anzubieten mit einer kostenfreien Sockelversorgung von Strom und eine wirksame Strompreisaufsicht in Länderzuständigkeit einzuführen.

Weiter wird ein Energiesparfonds in Höhe von 1,5 Mrd. Euro vorgeschlagen, mit dem das Energiesparen erleichtert werden soll.

Für die Einzelheiten wird auf Drucksache 16/10510 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 6. November 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 92. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Rolf Hempelmann
Berichterstatter

